OGH 4. 6. 2025, 6 Ob 196/24b: Haftung des fahrl \tilde{A} ¤ssigen Sacheinlagepr \tilde{A} ½fers nur bei konkretem Vertrauen des gesch \tilde{A} ¤digten Dritten

Description

Date Created 28.08.2025 Meta Fields

Inhalt: Eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes aus Juni 2025 (OGH 4. 6. 2025, 6 Ob 196/24b; siehe auch OGH 4. 6. 2025, 6 Ob 23/25p) behandelt die Frage einer Haftung des SacheinlageprÄ¹/₄fers fÄ¹/₄r SchĤden Dritter. Konkret ging es um SchĤden von Personen, die in Unternehmensanleihen einer spĤter insolventen Emittentin investiert hatten. Aus den Sachverhaltsangaben der Entscheidung lĤsst sich folgern, dass es sich wohl um eine der vielen Entscheidungen im Zusammenhang mit der WIENWERT-Causa handelt. In der Entscheidung vom 30. 4. 2025, 6 Ob 214/24z, welche im Prozess des Insolvenzverwalters gegen die SacheinlageprÃ¹/₄ferin ergangen war, war bereits eine Haftung der PrÃ¹/₄ferin wegen nicht lege artis durchgefÃ1/4hrter PrÃ1/4fung (Ã?berbewertung der Sacheinlage) bejaht worden. Dem Rechtsstreit war eine KapitalerhA¶hung und Umwandlung der Emittentin vorausgegangen. Im Rahmen der KapitalerhA¶hung erfolgte auch eine Sacheinlage durch Einbringung von Markenrechten. Die vom Firmenbuchgericht bestellte Sacheinlageprüferin (die spätere Beklagte im Prozess) hatte in ihrem Sacheinlageprüfbericht den Wert der Sacheinlage mit einer Höhe von EUR 3,12 Mio bestätigt und dabei den Ansatz aus einem (von einer anderen Gesellschaft erstatteten) Marken Awertgutachten A¼bernommen. (Siehe zu Verfahren gegen die Gutachterin zahlreiche Informationen, sie kannten aber weder den SacheinlageprÄ¹/4fbericht noch das Markenwertgutachten. Sie begehrten Schadenersatz in Höhe ihrer Investments. Das Erstgericht wies die Klagebegehren ab; das Berufungsgericht gab der Berufung der KlAzger nicht Folge. Der OGH beschAzftigte sich in seiner Entscheidung ausfÄ1/4hrlich mit der Fragestellung und mit den unterschiedlichen Literaturmeinungen. Da der auch auf Sacheinlageprüfer anwendbare § 42 AktG hinsichtlich der Ersatzpflicht auf die sinngemĤÃ?e Geltung von § 275 UGB, welcher die Verantwortlichkeit des AbschlussÂprù/4fers regelt, verweist, dieser als Ersatzberechtige aber nur die Gesellschaft und verAbundene Unternehmen benennt, war eine dar ü berhinausgehende Haftung zu klären. Grunds ätzlich greift eine Haftung bei vors ätzlichem Verhalten ein, doch ist eine Haftung wegen FahrlĤssigkeit â?? auch wegen der fehlenden Notwendigkeit, den Vorsatz nachzuweisen â?? praktisch bedeutsamer. Zur Frage nach einer Haftung wegen eines fahrlĤssig sorgfaltswidrigen Prù/4fberichts gegenù/4ber Dritten hielt der OGH fest:

- Auch für eine Haftung des Sacheinlageprüfers ist § 275 UGB bloÃ? ein Schutzgesetz zugunsten der Gesellschaft, nicht zugunsten Dritter. Dies hatte der OGH bereits für die Haftung des Abschlussprüfers ausgesprochen.
- Die Erstattung des Prù⁄4fberichts schafft zwar eine Vertrauensbasis fù⁄4r Dritte, doch ist diese allein fù⁄4r eine Haftung nicht ausreichend.
- Notwendig ist auch eine konkrete Inanspruchnahme des Vertrauens durch den Dritten, dh der GeschĤdigte muss tatsĤchlich auf den Prù⁄4fbericht vertraut haben.
- Eine bloÃ?e Kausalität des fahrlässig fehlerhaften Prù/4fberichts fù/4r den Eintritt des Schadens genù/4gt nicht. Im konkreten Fall war somit nicht entscheidend, ob die Kapitalerhöhung bei fehlerfreiem Prù/4fbericht unterblieben wäre.

Der OGH hielt in diesem Zusammenhang weiters fest: â??Ein unmittelbares (direktes) Vertrauen auf den Sacheinlageprù¼fbericht können die Kläger, die mit dem Nachweis, dass sie die Disposition im Vertrauen auf den Sacheinlageprù¼fbericht getroffen haben, belastet sind, nach dem festgestellten Sachverhalt nicht in Anspruch nehmen (und zwar der Erstkläger auch nicht im Wege eines darauf vertrauenden Beraters), zumal alle (einschlieÃ?lich des Beraters des Erstklägers) den Sacheinlageprù¼fbericht nicht kannten.â?? Ein allfälliges Vertrauen auf einen Jahresabschluss oder Werbung der Emittentin reicht nach dem OGH insofern nicht: â??Der Jahresabschluss selbst verbrieft â?? schon vor dem Hintergrund unterschiedlicher Zwecke und Prù¼fmaÃ?stäbe â?? die Richtigkeit eines Sacheinlageprù¼fberichts nicht und kann auch kein Vertrauen darauf vermitteln.â?? â??Informationen der Emittentin vermitteln â?? nicht in der zu fordernden Nähe â?? ein Vertrauen auf einen Sacheinlageprù¼fbericht ù¼ber einen Teil der Kapitalerhöhung.â?? Im Ergebnis verwies der OGH die Rechtssache in die zweite Instanz zurù¼ck, damit dort die Frage einer Haftung wegen allfälligen Vorsatzes geklärt werden kann. Die OGH-Entscheidung zeigt, dass an die Haftung eines Sacheinlageprù¼fers gegenù¼ber Dritten höhere Anforderungen gestellt werden, um ein Ausufern der Haftung zu verhindern Investoren sollten vor einem Investment auch die Berichte bezù¼glich der

Kapitalausstattung der Gesellschaft einsehen oder hierf \tilde{A}^{1} /4r Beratung einholen, damit sie die M \tilde{A} ¶glichkeit einer Inanspruchnahme eines fahrl \tilde{A} π ssig handelnden Sacheinlagepr \tilde{A}^{1} /4fers wahren.